

19.11.2001: „E-Schule ja, aber nicht bei uns“ - Anwohner wollen keine Kinder mit besonderem Erziehungsbedarf

Die geplante E-Schule für Kinder mit besonderem Erziehungsbedarf erhitzt weiterhin die Gemüter. Bei einem Informationsabend im Canisiusheim wurden das Für und Wider diskutiert, Meinungen vorgestellt und teils massive Bedenken gegen das Vorhaben geäußert.

Von Beeinträchtigung der Wohnqualität durch tobende Kinder bis hin zu Warnungen vor kriminellen Taten reichen die Befürchtungen der Anwohner. Zumindest bei Letzterem konnte ein Jugendkontaktbeamter der Polizei Entwarnung geben. Die Kinder mit erhöhtem Erziehungsbedarf, die derzeit im nahe gelegenen Canisiusheim untergebracht sind, seien nicht mehr durch Straftaten aufgefallen als andere. Befürchtungen, dass die Halbwüchsigen gar zu „Triebtätern“ werden könnten, erwiesen sich im konkreten Fall als unbegründet.

Schuldirektor Robert Pleyer beschrieb die Persönlichkeitsstörung der Kinder „als Symptom für Fehlentwicklungen im Elternhaus“. Seine Einrichtung wolle den in einer Orientierungskrise steckenden Schülern Halt geben - mit dem Ziel, sie in eine andere, weiterführende Schule aufzunehmen und danach in die Berufswelt zu schicken. Kinder mit besonderem Erziehungsbedarf sind in einer Regelschule überfordert. 80 Prozent von ihnen haben ein „Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom“ (ADS). Das heißt: Die Kinder können nicht still sitzen, springen im Klassenzimmer herum und versuchen immer wieder sich mit Gewalt durchzusetzen.

Christine Behringer-Zeiss vom Stadtjugendamt begrüßte die E-Schule als sinnvolle Einrichtung für diese Kinder, die sonst unnötigerweise womöglich in einem Heim untergebracht werden müssten. In Stadt und Landkreis gelten etwa 60 bis 90 Kinder als besonders erziehungsbedürftig. Diese Zahl bildet die Grundlage für die Bauplanung der Schule, die aus sechs bis acht Klassen mit maximal zehn Kindern bestehen soll. Der Unterricht ist verbunden mit einer Betreuung am Nachmittag. Daher sei auch die Nachbarschaft zum Canisiusheim wichtig, wo sich die Kinder oft aufhalten, sagte Heimleiter Emil Hartmann. Es gehe dabei auch nicht darum, die Schüler mit Wattehandschuhen anzupacken, merkte Ludwig Strauch aus dem „Psychosozialen Arbeitskreis“ an. Ihnen müssten schon Grenzen gesetzt werden.

Für viele Anwohner steht indes fest: „E-Schule ja, aber nicht bei uns“, wie ein Betroffener es formulierte. Das Bürgerbeteiligungsverfahren ist nun in die heiße Phase der öffentlichen Auslegung getreten. Das Für und Wider muss der Stadtrat bei seiner Entscheidung berücksichtigen.

Etlichen Anwohnern wäre eine Kontaktaufnahme zu einem früheren Zeitpunkt der Planungen lieber gewesen, auch wenn die öffentliche Auslegung über das offizielle Ende am 17. Dezember hinaus verlängert werden kann. Verärgert zeigten sich Bewohner über die Massierung in diesem Viertel, das auf diese Weise noch mehr Problemkinder anziehen könnte. Wiederholt berichteten die Anwohner auch über schlechte Erfahrungen mit den 17 Kindern der E-Schule, die heute bereits das Canisiusheim besuchen: Gefordert wird daher eine Prüfung von Alternativstandorten.